

LAND TAGS KURIER



Seite 3:
Staatsregierung
unterrichtet Landtag zur
Corona-Pandemie



Seite 11:
Ausschüsse hören
Sachkundige zur
aktuellen Situation an



Seite 20:
Junge Heimatforscher
stellen Projekte vor

Ausgabe
9.20



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

mit der vorliegenden Ausgabe beschließt der Landtagskurier das zurückliegende Jahr. Neun Ausgaben erschienen 2020, davon berichteten acht über die Arbeit des Sächsischen Landtags in der Corona-Pandemie. Es ist mittlerweile ein knappes Jahr her, dass diese »Naturkatastrophe in Zeitlupe« Sachsen erreichte und in kürzester Zeit zum bestimmenden Thema wurde. Damals hat unser Parlament unmittelbar reagiert. Wir fanden einerseits unseren eigenen Weg, etwa durch konsequente Abstands- und Hygieneregeln. Andererseits haben wir mit zentralen Beschlüssen die nötigen politischen Wege im Freistaat Sachsen freigemacht. Ich denke besonders an die historische 8. Plenarsitzung des Landtags am Gründonnerstag im Kongresszentrum Dresden. Seither befassten wir uns als Parlament immer wieder intensiv mit der Pandemie und den Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung, so auch in den beiden zurückliegenden Plenarsitzungen Mitte Dezember. Die aktuelle Ausgabe des Landtagskuriers thematisiert unter anderem den Bericht der Staatsregierung zur aktuellen Lage im Freistaat.

Unser Land erlebte in den vergangenen Wochen die schwerste Phase seit seiner Wiedergründung. Schließlich sind bereits viele Menschen hart in ihrem Leben getroffen, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen für Sachsen sind gravierend. Besonders traurig aber ist die viel zu hohe Zahl jener, die aufgrund einer Corona-Infektion in den vergangenen Wochen und Monaten ihr Leben verloren haben. Ich möchte Ihnen angesichts dieser dunklen Zeit daher Mut zusprechen. Achten Sie auf sich selbst und seien Sie selbst ein Licht. Zeigen Sie Verantwortung und Solidarität gegenüber Ihren Mitmenschen, indem Sie weiterhin die Abstands- und Hygieneregeln einhalten. Ich kenne niemanden, der gern auf die große Freiheit verzichtet, die uns unsere Demokratie ermöglicht. Dennoch ist es in dieser grassierenden Pandemie weiterhin ganz wichtig, persönliche Kontakte auf das Notwendigste zu reduzieren. Gleichsam zeichnet sich mit der Zulassung von Impfstoffen ein Silberstreif am Horizont ab, der uns für den Beginn dieses neuen Jahres auf bessere Zeiten hoffen lassen kann.

Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

19. Sitzung des Sächsischen Landtags Lockdown als letzte Chance Staatsregierung verteidigt scharfe Beschränkungen in der Corona-Pandemie.....	4
Hintergrundinformationen zu den erweiterten Schutzmaßnahmen in der Corona-Pandemie	7
19. Sitzung des Sächsischen Landtags Gemeinderatssitzung zukünftig per Videokonferenz möglich Landtag sichert politische Handlungsfähigkeit der Kommunen in außergewöhnlichen Lagen.....	8
20. Sitzung des Sächsischen Landtags Ins Visier genommen AfD-Fraktion wirft Verfassungsschutz politische Motive vor.....	9

PARLAMENT

Lagebilder des täglichen Lebens Ausschüsse tagten zu den Folgen der Corona-Pandemie in fast allen Lebensbereichen.....	12
Laufende Gesetzgebung	14

AKTUELLES

Neue Bäume für neue Sachsen Ausländerbeauftragter sieht Jungbäume als Zeichen für gelungene Integration.....	16
Integrationspreis digital Sachsens Ausländerbeauftragter Geert Mackenroth und Sozialministerin Petra Köpping ehren Preisträger.....	17
Im Dienste der Gesellschaft und des Gemeinwohls Sächsische Ehrenamtliche erhalten Auszeichnung für ihr langjähriges Engagement.....	18
Junge Spurensucher entdecken regionale Geschichte in Sachsen Rückblick auf den 16. Jugendgeschichtstag, der zum ersten Mal digital stattfand.....	20
Der Landtag als virtuelles Klassenzimmer	22
Erzgebirgische Pyramide und Nordmantannen lassen Landtag erstrahlen	23

SERVICE

Weitere Informationen	24
------------------------------------	----

// Titel: Blick in den Plenarsaal // Foto: S. Füssel

Corona-Schutzverordnung, Abgeordnetendaten, Kommunalwahlrecht



Foto: O. Killig

// Den Auftakt der 19. Sitzung des Sächsischen Landtags am 16. Dezember 2020 bildete ein Bericht der Staatsregierung zur Corona-Pandemie. Zudem stimmten die Abgeordneten für Anpassungen im Kommunalwahlrecht und Kommunalrecht in außergewöhnlichen Lagen. In der 20. Sitzung am 17. Dezember 2020 stand zudem eine von der AfD-Fraktion beantragte Aktuelle Debatte auf der Tagesordnung. //

19. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Alexander Dierks // Fotos: O.Killig

Dr. Daniel Thieme

Lockdown als letzte Chance

Staatsregierung verteidigt scharfe Beschränkungen in der Corona-Pandemie

**Staatsregierung:
Maßnahmen haben
nicht ausgereicht**

Welche Dynamik und auch Dramatik diese Pandemie in sich trage, könne man allein daran sehen, dass die vorletzte Corona-Schutz-Verordnung nicht einmal 14 Tage alt sei, bemerkte Ministerpräsident Michael Kretschmer, CDU, zu Beginn. Die Krankenhäuser in Sachsen arbeiteten an der absoluten Belastungsgrenze, in der Stadt Görlitz gebe es beispielsweise kein einziges freies Intensivbett mehr. Zugleich verteidigte er die Entscheidung, im Oktober zunächst mit milderem Mitteln gegen die Pandemie vorgegangen zu sein. Eine Ausgangsbeschränkung bei offenen Geschäften, Kindergärten und Schulen habe aber nicht die beabsichtigte Wirkung entfaltet. Daher sei jetzt klares Handeln auf allen Ebenen gefragt, um diese pan-

// Eine zweite Welle an Infektionen durch das neuartige Coronavirus hat Sachsen fest im Griff. Daher berichtete am 16. Dezember 2020 die Sächsische Staatsregierung erstmals auf Wunsch des Landtags über die von ihr ergriffenen Maßnahmen. Während sie die getroffenen Entscheidungen als unausweichlich verteidigte, kritisierte die Opposition Versäumnisse und Planlosigkeit. //

demische Lage wieder in den Griff zu bekommen. Die nun getroffenen Maßnahmen müssten mit aller Konsequenz eingehalten werden. Ansonsten gebe es keine Chance auf baldige Lockerung.

Mit Blick auf die Situation Älterer und Kranker forderte Kretschmer, den moralischen Ausnahmezustand nicht auf dem Rücken dieser Menschen auszutragen. Man könne nicht so tun, als sei es richtig, dass jemand, der über 80 Jahre alt sei, einfach sterbe. Die medizinische Versorgung müsse zu jeder Zeit und an jedem Ort gewährleistet werden. Nach jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnissen sei zudem die Binnenmobilität in Sachsen noch immer zu hoch. Daher müsse

man miteinander entscheiden, ob weitere Maßnahmen nötig seien.

**AfD: Staatsregierung
ohne Strategie**

Jörg Urban, AfD, hielt dem Ministerpräsidenten entgegen, dass

die jetzige Lage zu verhindern gewesen wäre. Kretschmer habe es in den Sommermonaten versäumt, die richtigen Vorkehrungen zu treffen. Derzeit hätten Pflegeheime einen Anteil von 32 % am Infektionsgeschehen, 87 % der an oder mit Corona Verstorbenen seien 70 Jahre und älter. Notwendig sei es daher,

// Dr. Rolf Weigand





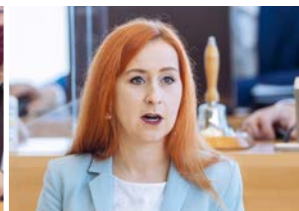
// Alexander Dierks



// Jörg Urban



// Susanne Schaper



// Franziska Schubert



// Simone Lang // Fotos: O. Killig

Risikopatienten zu schützen, Hygienekonzepte flächendeckend umzusetzen sowie Gebote statt Verbote auszusprechen. Doch die Staatsregierung schaffe wie bereits im Frühjahr prekäre Situationen in den Familien, bringe wieder Bürger in Existenznot und nehme ihnen ihre Freiheit.

Urban warf der Staatsregierung vor, ohne Strategie zu agieren. Sie sei schuld an der verschärften Corona-Lage, nicht die Regierungskritiker oder die Demonstranten. Der Ministerpräsident solle aufhören, moralische Appelle an die Bürger zu richten. Mit Beleidigungen und Unterstellungen würde er die Gesellschaft spalten. Corona sei unbestritten eine große Herausforderung, die Regierung habe aber ihre Aufgabe nicht erfüllt, nämlich Schaden abzuwenden, Wohlstand zu mehren und Sicherheit zu gewährleisten.

CDU: Zeit des Lockdowns zur Vorbereitung nutzen

Alexander Dierks, CDU, erinnerte zunächst an die parlamentarische Tradition, in Krisenzeiten zu-

sammenzustehen und ein gutes Miteinander von Koalition und Opposition zu pflegen. Der AfD warf er hingegen grobe Verantwortungslosigkeit vor, wenn sie den Ministerpräsidenten ungerechtfertigt bloßstelle. Die AfD glaube, dass es in einer Pandemie, mit einem Virus, über das man kaum etwas wisse, helfen würde, wenn der Staat einfach nichts tue und das Geschehen sich selbst überlasse. Gleichzeitig kritisiere die AfD, wenn anschließend die Krankenhäuser überlastet seien. Jedes noch so gute Gesundheitswesen komme in Anbetracht dieser Vielzahl von Erkrankten an seine Belastungsgrenze.

Dierks verteidigte den aktuellen Lockdown. Wenn in dieser Situation nicht gehandelt würde, dann nütze jede langfristige Strategie nichts. Er forderte, die Phase nach dem Lockdown jetzt schon vorzubereiten. Man müsse die Zeit nutzen, um Dinge weiter zu verbessern, etwa im Bereich der Kontaktverfolgung durch die Gesundheitsämter. Diese müssten effektiver mit geeigneten digitalen Möglichkeiten ausgestattet werden. Weitere Maßnahmen seien, FFP2-Masken an Risikogruppen



»Jetzt ist ganz klares staatliches Handeln auf allen Ebenen gefordert, damit wir diese pandemische Lage wieder in den Griff bekommen.«

// Michael Kretschmer

19. Sitzung des Sächsischen Landtags

auszuteilen und die Altersheime und Gesundheitseinrichtungen besser zu schützen.

DIE LINKE: Entwicklung verschlafen und Virus unterschätzt

Die Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen benötigten nicht nur ein freundliches Dankeschön, so Susanne Schaper, DIE LINKE. Ihnen wäre mehr geholfen, wenn sie einmal außer der Reihe entlohnt werden würden oder ausreichend Schutzausrüstungen vorhanden wäre. Die Staatsregierung stehe schon deshalb in der Bringepflicht, weil das jetzige Ausmaß der Pandemie nicht zuletzt das Ergebnis ihres eigenen Versagens sei. Sachsen habe bun-

desweit die höchsten Inzidenzzahlen und belege Platz 2 bei den Todeszahlen.

Schaper kritisierte, dass die Entwicklung im Herbst durch die Regierung verschlafen und das Virus unterschätzt worden sei. Als im Oktober die Fallzahlen stiegen, habe man zu spät beziehungsweise falsch reagiert. Mit dem Lockdown light sei die Gesundheit der Bevölkerung, vermeintlich zum Wohle der Wirtschaft, aufs Spiel gesetzt worden. Jetzt falle die wirtschaftliche Belastung doppelt und dreifach so hoch aus, als wenn man gleich konsequent gehandelt hätte. Der zweite Lockdown bedeute auch eine erneute emotionale Belastung für Familien und die Vereinsamung von Pflegebedürftigen. Man müsse zudem verhindern, dass



diejenigen, die schon jetzt die Hauptlast der beschlossenen oder unterlassenen Maßnahmen aushielten, zum Schluss nicht auch noch die Zeche zahlen müssten.

BÜNDNISGRÜNE: Wissenschaftliche Vernunft statt Populismus

Die Gesundheitsämter, Kliniken und Heime bräuchten dringend eine Stabilisierung, bekräftigte Franziska Schubert, BÜNDNISGRÜNE. Die Zahlen müssten sinken. Es gehe in dieser Krise nicht darum, den Menschen nach dem Munde zu reden, sondern auszusprechen, wie die Sachlage sei. Es müsse verständlich erklärt werden, warum die jetzigen Schritte notwendig seien. Die Politik solle sich dabei von wissenschaftlicher Vernunft bestimmen lassen und nicht von Populismus.

In Anbetracht des bevorstehenden Weihnachtsfestes ermutigte Schubert dazu, miteinander solidarisch zu bleiben. All jenen, die bisher so gut mitgemacht hätten, gehöre der Rücken gestärkt. Niemandem falle es leicht, Leben, Kultur und Wirtschaft in dieser Schärfe einzuschränken. Doch Leichtfertigkeit sei zu kei-

nem Zeitpunkt Bestandteil der Entscheidungsfindung gewesen. Menschenleben müssten in Zeiten dieser Pandemie Vorrang haben. Die Grünen-Abgeordnete drängte zudem auf eine umfassendere gesetzliche Regelung für die jüngst beschlossenen Maßnahmen der Regierung, um deren Akzeptanz in der Bevölkerung zu steigern. Möglich sei dies, indem man sie im Parlament legitimiere und so auf eine breitere Basis stelle. Schließlich sei das Parlament ein Ort der öffentlichen Debatte für solche schwerwiegenden Grundsatzentscheidungen.

SPD: Mehrheit der Sachsen hält Regeln ein

Simone Lang, SPD, appellierte eindringlich daran, die Lage ernst zu nehmen. Mehr denn je trage jeder Verantwortung – einmal für sich selbst und einmal für alle Mitmenschen.

Das gelte auch an Weihnachten und Silvester. Der jetzt verhängte Lockdown sei unausweichlich gewesen. Die ergriffenen Maßnahmen hätten nicht zum Erfolg geführt, auch wenn sich die große Mehrheit der Sachsen an die Regeln gehalten und die Maßnahmen unterstützt habe.



Einige wenige aber hätten sich selbst solchen einfachen solidarischen Maßnahmen wie dem Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung verweigert.

In der Diskussion um einen Bonus für Pflegekräfte forderte Lang, Sachsen solle unbürokratisch eine weitere Zahlung

leisten. Die Angestellten in Krankenhäusern und Pflegeheimen schulterten bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr eine Last für die gesamte Gesellschaft, die über das bisher vorstellbare Maß hinausgehe. Man werde dieses Anliegen in der Koalition beraten. Die SPD-Abgeordnete bekundete, sie erhalte gegenwärtig viele Hilferufe von regionalen Betrieben, die sich durch die Absage von Weihnachtsmärkten und die Schließung der Ladenlokale in ihrer Existenz bedroht sähen. Die meisten hätten Verständnis, forderten aber gleichzeitig, ihren Beruf weiter ausüben zu können.



Hintergrundinformationen zu den erweiterten Schutzmaßnahmen in der Corona-Pandemie

Foto: lettas – stock.adobe.com

Ein Ziel des »weichen Lock-downs« in Deutschland und Sachsen seit Anfang November war es, dass Schulen und Kitas sowie Geschäfte geöffnet bleiben. Damit sollten, anders als im Frühjahr, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen niedrig gehalten werden. Dennoch verzeichneten nicht nur die sächsischen Landkreise und Kommunen weiter wachsende Infektionsraten. Sie machten deutlich schärfere Beschränkungen, also einen »harten Lockdown«, notwendig.

Schärfere Maßnahmen angeordnet

In Sachsen gilt daher seit 14. Dezember eine neue Corona-Schutz-Verordnung. Sie ist zunächst bis zum 10. Januar 2021 befristet. Die Verordnung der Sächsischen Staatsregierung sieht unter anderem Ausgangsbeschränkungen sowie eine nächtliche Ausgangssperre vor.

// Die Corona-Pandemie hat Sachsen weiter fest im Griff. Noch Anfang November bestand die Hoffnung, mit gezielten Schließungen bestimmter Einrichtungen die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Die Zahlen stiegen indes weiter und machten es notwendig, am 14. Dezember 2020 die Maßnahmen deutlich zu verschärfen. //

Zudem muss ein Großteil der Geschäfte und Läden schließen. Die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung wird ausgeweitet und gilt in der Öffentlichkeit überall dort, wo sich Menschen begegnen.

Jeder wird angehalten, die Kontakte zu anderen Menschen auf das absolut nötige Minimum zu reduzieren. Es wird empfohlen, auf Reisen und Besuche zu verzichten. Private Treffen sind auf den eigenen und einen weiteren Haushalt, jedoch auf max. 5 Personen begrenzt. Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres sind davon ausgenommen.

Groß- und Einzelhandel sind geschlossen, offen bleiben hingegen Geschäfte für Lebensmittel

sowie Waren des täglichen Bedarfs. Schulen, Schulinternate und Einrichtungen der Kindertagesbetreuung bleiben ebenfalls geschlossen.

Wirtschaftliche Hilfen verlängert

Die verordneten weitgehenden Schließungen von Läden und Geschäften beeinträchtigen derweil die Wirtschaft in erheblichem Umfang. Um Unternehmen zu unterstützen, die coronabedingt in Schwierigkeiten geraten, stellen der Bund und der Freistaat Sachsen weiterhin verschiedene Hilfsprogramme zur Verfügung. Dazu zählt etwa eine außerordentliche Wirt-

schaftshilfe für November und Dezember. Auf diesem Wege erhalten Unternehmen, Selbstständige und Vereine, die von Schließungen betroffen sind, Zuschüsse in Höhe von bis zu 75 Prozent des Vergleichsumsatzes im Jahr 2019.



WEITERE INFORMATIONEN

Internetseite der Sächsischen Staatsregierung mit aktuellen Fallzahlen für Sachsen:
www.coronavirus.sachsen.de



Bürgertelefon zum Coronavirus in Sachsen:
0800 100 0214,
Montag bis Sonntag,
8 bis 18 Uhr

Informationen für Besucher des Sächsischen Landtags:
www.landtag.sachsen.de

Gemeinderatssitzung zukünftig per Videokonferenz möglich

Dr. Daniel Thieme

Landtag sichert politische Handlungsfähigkeit der Kommunen in außergewöhnlichen Lagen

19. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Rico Anton // Foto: O. Killig

// In seiner 19. Sitzung am 16. Dezember 2020 beschloss das Parlament einen Gesetzentwurf der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD zur »Schaffung pandemiebedingter Ausnahmeregelungen im Kommunalwahlrecht und im Kommunalrecht«. Demnach wird es zukünftig unter anderem rechtlich möglich sein, Gremiensitzungen auf Gemeinde- und Kreisebene in Form einer Videokonferenz durchzuführen. //

Pandemie verlangt nach neuen Lösungen

Die Corona-Pandemie nehme Einfluss auf die Arbeitsfähigkeit der kommunalen Gremien und die Durchführung von Wahlen, so Rico Anton, CDU. Vor diesem Hintergrund sei es geboten, dass Kandidaten ihre Wählbarkeit wegen Erreichens der Altersgrenze nicht verlieren, wenn es zu einer pandemiebedingten Wahlaufhebung komme. In der Koalition habe man zudem entschieden, eine ausschließliche Briefwahl nur für den zweiten Wahlgang zuzulassen.

Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE, betonte, man habe in der Vergangenheit schon manche Erfahrung sammeln müssen, jedoch nie mit einer Pandemiesituation. Es entstehe im Kommunalwahlrecht nun die Möglichkeit, eine Wahl abzusagen und eine Nachwahl anzuordnen, wenn die Wahl aufgrund einer epidemischen Lage nicht durchgeführt werden könne oder im Vorfeld keine hinreichende politische Willensbildung möglich gewesen sei.

Handlungsfähigkeit sicherstellen

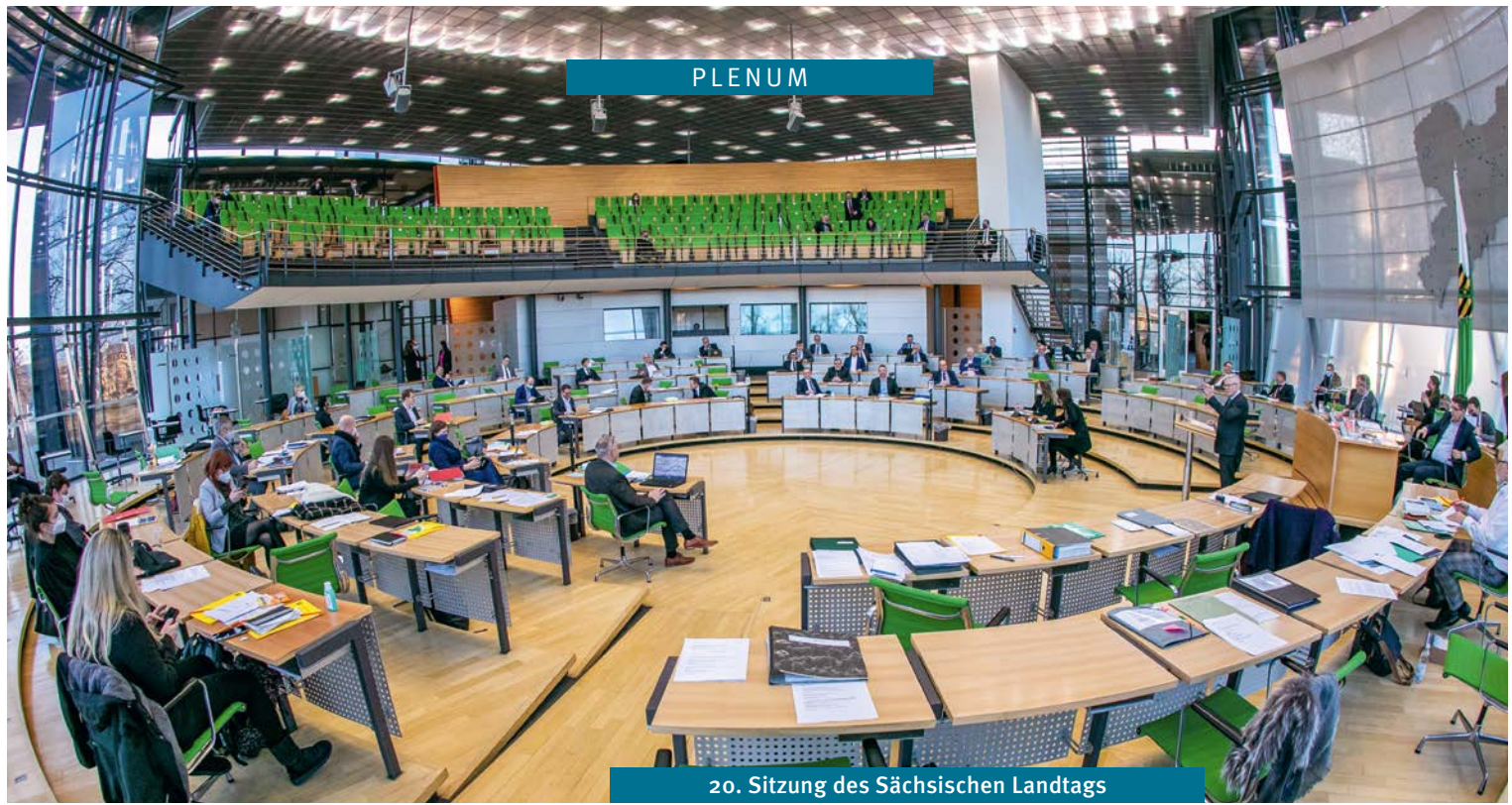
Wichtige Entscheidungen der Gemeinde- und Kreisebene dürften gerade in dieser schweren Zeit nicht vertagt werden, verteidigte Albrecht Pallas, SPD, den vorliegenden Entwurf. Könnten Gemeinderäte und Kreistage nicht mehr arbeiten, sei die kommunale Demokratie massiv beeinträchtigt. Das Gesetz ermögliche es Gemeinden, die öffentliche Präsenzsitzungen nicht infektionsschutzkonform abhalten könnten, drängende Beschlüsse trotzdem rechtzeitig zu treffen.

Seine Fraktion stimme dem Gesetz nur in Teilen zu, bekundete Ivo Teichmann, AfD. Eine ausschließliche Briefwahl sehe er als problematisch. Die persönliche Stimmabgabe solle mit einem ausreichenden Hygienekonzept stets praktisch ermöglicht werden. Andernfalls werde eine Kontrolle und Mitverfolgung der Briefwahlauszählung nur unzureichend gewährleistet. Auch ließe sich eine öffentliche Gemeinderatssitzung nicht durch eine Videokonferenz ersetzen.

Nur in Ausnahmesituationen

Die im Gesetzentwurf festgelegten Regelungen wolle man nicht zum Normalzustand werden lassen, entgegnete Mirko Schultze, DIE LINKE. Selbstverständlich sei die Präsenzwahl die verfassungsrechtlich gebotene Form. Aus Gesundheitsschutzgründen, gerade für die ehrwürdigen älteren Mitglieder, halte er es auf Kommunal- und Kreisebene für »absoluten Wahnsinn«, eine Präsenzsitzung in einer Not-situation abzuhalten, wenn man technisch in der Lage sei, sie per Video durchzuführen.

Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner, CDU, konstatierte, eine starke Demokratie in den Kommunen benötige gerade unter Corona-Bedingungen eine verlässliche Grundlage. Die Koalitionsfraktionen hätten dafür sinnvolle Regelungen getroffen. Es sei nun möglich, dass Gemeinderats- und Kreistagssitzungen unter ganz bestimmten Voraussetzungen auch mittels Videokonferenz zusammentreten könnten. Besonders für ältere und vorerkrankte Mandatsträger sei dies eine wichtige Botschaft.



20. Sitzung des Sächsischen Landtags



// Rico Anton // Roland Ulbrich // Kerstin Köditz // Valentin Lippmann // Henning Homann // Fotos: S. Füssel

Ins Visier genommen

Dr. Daniel Thieme

AfD-Fraktion wirft Verfassungsschutz politische Motive vor

// In seiner 20. Sitzung am 17. Dezember 2020 debattierte der Sächsische Landtag zu einer von der AfD beantragten Aktuellen Stunde. Sie trug den Titel »Opposition – verdächtig gut?!«. Die AfD thematisierte darin die bekannt gewordene Speicherung von Abgeordneten-daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz. //

AfD: Verfassungsschutz muss weisungsgebunden arbeiten

Roland Ulbrich, AfD, griff gleich zu Beginn seiner Rede Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner an. Dieser sei Akteur einer Schmierkomödie, die der AfD allerdings nicht schade, sondern vielmehr unerwartete kostenlose Wahlwerbung beschere. Wöllner habe sich bereits im Falle der Kürzung der AfD-Landesliste zur Landtagswahl einen unrühmli-

chen Namen gemacht. Diesmal gehe es um den Verfassungsschutz, der nach Ulbrichs Auffassung eine »weisungsgebundene Behörde« sei und doch offenbar Abgeordnete der AfD ins Visier genommen habe. Solches Handeln bedürfe jedoch einer besonderen rechtlichen Grundlage. Gegen den ehemaligen Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen, Gordian Meyer-Plath, der entgegen dieser Ansicht handelte und gesammelte Erkennt-

nisse nicht löschen wollte, hätte demnach zwingend ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden müssen.

CDU: AfD zu Recht im Fokus des Verfassungsschutzes

Rico Anton, CDU, attestierte anschließend seinem Vorredner die Pflege des eigenen Opferkults. In Richtung des AfD-Fraktionsvorsitzenden Jörg Urban

machte Anton deutlich, dass, wer sich dafür entschieden habe, ein Sammelbecken für Rechtsextremisten zu sein, eben auch damit leben müsse, in den Fokus des Verfassungsschutzes zu geraten. Die AfD solle längst nicht mehr versuchen, so zu tun, als sei sie eine bürgerliche Partei. Schon seit Anfang des Jahres 2019 werde sie vom Verfassungsschutz als Prüffall geführt. Ihr sogenannter »Flügel« werde bundesweit als erwiesene extremistische Bestrebung eingestuft. Aus diesen Gründen beschäftige sich der Verfassungsschutz zu Recht mit der AfD. Er befasse sich mit Bestrebungen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richteten. Im Falle der Speicherung von

Abgeordnetendaten sei dennoch unstrittig, dass der Schutz des freien Mandates ohne Abstriche beachtet werden müsse.

DIE LINKE: Keine Anhaltspunkte für politische Instrumentalisierung

Die AfD habe sich bewusst und mit voller Absicht radikalisiert, so Kerstin Köditz, DIE LINKE. Die Partei habe beispielsweise vor zwei Jahren in Chemnitz ganz bewusst den Schulterchluss mit der rassistischen Pegida-Bewegung vollzogen und es dafür in Kauf genommen, auf der Straße gemeinsam mit Neonazi-Schlägerbanden zu marschieren. Behauptungen der AfD, der Verfassungsschutz werde politisch instrumentalisiert, stimmten nicht. Das Bundesamt für Verfassungsschutz habe bereits unter seinem früheren Präsidenten Hans-Georg Maaßen begonnen, sich mit der AfD zu beschäftigen. Auch der frühere Präsident des sächsischen Verfassungsschutzes habe bereits darauf hingearbeitet, die AfD zum Verdachtsfall hochzustufen. All diese Tatsachen habe die Parlamentarische Kontrollkommission herausgearbeitet und dabei keine Anhaltspunkte für eine politische Einflussnahme gefunden.

BÜNDNISGRÜNE: Innenministerium hat zu Recht eingegriffen

Die Speicherung von Daten über Abgeordnete sei ein ernstes und brisantes Thema, hob Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE, an. Es eigne sich daher nicht als Schmierentheater. Der Kampf gegen Verfassungsfeinde könne nur in den Grenzen der Verfassung geführt werden. Der Abschlussbericht der Parlamentarischen Kontrollkommission komme zu dem Ergebnis, dass

der Verfassungsschutz in Teilen rechtswidrig gehandelt habe. Das Innenministerium griff nach Lippmanns Auffassung daher völlig zu Recht ein. Die AfD beweise nahezu tagtäglich, dass sie zu erheblichen Teilen nicht auf dem Boden des Grundgesetz-

SPD: Bisher keine nachrichtendienstlichen Mittel eingesetzt

Henning Homann, SPD, pflichtete seinem Vorredner bei. Abgeordnete stünden unter einem besonderen Schutz, auch wenn

det. Es seien bisher keinerlei nachrichtendienstlichen Mittel, auch keine verdeckten Maßnahmen wie zum Beispiel eine Observation, eingesetzt worden. Nach Homanns Auffassung würden die AfD-Abgeordneten also nicht beobachtet, da die AfD eben noch kein Beobachtungsobjekt sei. Die Aktuelle Debatte sei deshalb ein treffliches Eigentor für die einbringende Fraktion.

Staatsregierung: AfD schadet der Demokratie und der politischen Kultur

Die Ämter für Verfassungsschutz hielten der AfD den Spiegel vor, doch die Partei möge das Bild nicht, das sie darin sehe, so Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner, CDU. So habe das Bundesamt für Verfassungsschutz den sogenannten Flügel im Januar 2019 zunächst zum Verdachtsfall erhoben und im März 2020 als extremistisch eingestuft.

Deshalb werde diese Gruppe auch in Sachsen nachrichtendienstlich beobachtet. Die AfD habe dem Verfassungsschutz zahlreiche Argumente geliefert, unter anderem durch ihre Provokateure, mit ihren unzulässigen NS-Vergleichen und mit Kontakten ins rechtsextreme Milieu. Mit Pöbeleien, Beschimpfungen und Beleidigungen des politischen Gegners schade die AfD nicht nur der Demokratie, sondern auch der politischen Kultur des Landes. Die Partei pflege antisemitische Ressentiments. Sie gefährde jüdisches Leben, das mit allen Mitteln geschützt werden müsse.

»Die vorübergehende Speicherung der Daten bis zur Relevanzprüfung war rechtmäßig.«

// Prof. Dr.
Roland Wöllner



20. Sitzung des Sächsischen Landtags

zes stehe. Sie vertrete sogar eine Vielzahl rechtsextremer und verfassungsfeindlicher Positionen. Zu fragen sei ferner, warum es eigentlich verboten sein solle, verfassungsfeindliche Bestrebungen zu beobachten, nur, weil sie von einer Oppositionsfraktion ausgingen. Ihr Schutz sei zwar ein hohes verfassungsrechtliches Gut, aber kein Freibrief.

die AfD, anders als alle anderen Fraktionen, nichts dafür getan hätte. Er empfahl zudem, noch einmal nüchtern die Fakten anzusehen. Das Landesamt für Verfassungsschutz habe nur öffentlich zugängliche Informationen über die AfD zur Kenntnis genommen. Die Partei habe dies alles, in Pressemitteilungen, Reden oder Facebook-Einträgen selbst öffentlich verkün-



PARLAMENT

Im Zentrum der Aufmerksamkeit

Sächsischer Landtag

Foto: S. Füssel

// Sachkundige aus verschiedensten Bereichen haben Mitte Dezember in den Ausschüssen Rede und Antwort gestanden. Dabei sprachen sie nicht nur über die gegenwärtige Lage, sondern auch über Aspekte für die Zeit nach der Pandemie. //



// Marko Schiemann, Vorsitzender im Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung // Fotos: S. Füssel

Lagebilder des täglichen Lebens

Ausschüsse tagten zu den Folgen der Corona-Pandemie
in fast allen Lebensbereichen

Janina Wackernagel

Mit einer Reihe von Anträgen haben die Koalitionsfraktionen im Herbst begonnen, dem Parlament einen gezielten Überblick darüber zu verschaffen, welche Auswirkungen die Corona-Pandemie und alle damit einhergehenden Beschränkungen auf das öffentliche Leben in Sachsen haben. Jeder Antrag zielte dabei auf je ein Ressort. Die Abgeordneten von sieben Ausschüssen luden vom 23. bis 27. November 2020 Vertreter aus verschiedenen Arbeitsbereichen ein und ließen sich von deren Erfahrungen berichten. Ein Hauptanliegen war es, herauszufinden, wie der Gesetzgeber bessere Hilfe-

// Man könnte meinen, zur Corona-Pandemie ist schon alles gesagt worden: Homeoffice, Unternehmen in Not, reihenweise Absagen von Veranstaltungen und Maskenpflicht praktisch allerorten. Und doch treten beim genaueren Hinsehen Aspekte zutage, an die man vielleicht noch gar nicht gedacht hatte – und für die es jeweils politische Lösungen zu finden gilt. //

stellungen leisten kann und welche Wünsche es an die Corona-Schutz-Verordnung gibt. Zudem schaute man genau hin, wie es den Beschäftigten in verschiedenen Branchen geht und welche Probleme im neunten Monat der Pandemie gerade akut auftreten.

So vielfältig wie die unterschiedlichen Lebensbereiche, so divers waren auch die geladenen Sachkundigen: Im

Rechtsausschuss waren Vertreter aus Gerichten und Justizvollzugsanstalten ebenso geladen wie solche der Kirchen oder aus dem Bereich Verfassungsrecht. Im Innenausschuss sprachen die Abgeordneten mit Vertretern der Polizei, der Landesverwaltung und der Rettungsdienste, im Wirtschaftsausschuss mit jenen aus den Handelskammern und Arbeitsagenturen, der Schulausschuss lud Vertreter

aus dem ganzen Bildungsspektrum ein. In den einzelnen Sitzungen standen besonders die lebenspraktischen Fragen im Mittelpunkt.

Corona bei Justitia

So wurde im Rechtsausschuss dargelegt, dass es in Gerichten häufig Probleme gebe, ausreichend große Sitzungssäle für Verhandlungen zu finden. Schwierig sei die Umsetzung der Maskenpflicht während Verhandlungen, in denen auch mal die Mimik der Zeugen eine Rolle spiele. Glaubwürdigkeit sei hinter einem halb bedeck-

ten Gesicht eben nicht so gut einschätzbar.

Aus den Justizvollzugsanstalten wurde ebenfalls berichtet. So sei zeitweise die Vollstreckung von Freiheitsstrafen aufgeschoben worden, um Belegungen zu reduzieren und damit die Insassen besser schützen zu können. Neue Häftlinge würden zu Beginn der Haft getestet und isoliert, bevor man sie in andere Räume einer Haftanstalt lasse. Die stärkste Belastung für die Gefangenen seien die Besuchsverbote. Mittlerweile habe man aber in vielen Gefängnissen die Möglichkeit zur Videotelefonie eingeführt.

Die Pandemie in der Fläche

Vertreter der kommunalen Ebene zogen im Innenausschuss insgesamt ein positives Fazit aus der engen Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen. Besonders gelobt wurde die enge Einbindung in den Krisenstab unter der Leitung des Innenministeriums. Damit sei es möglich gewesen, die Belegung von Krankenhausbetten und auch Laborkapazitäten gut zu koordinieren. Wegen der zusammengelegten Strukturen seit der Gebietsreform seien auch klei-

nere Kreise in der Lage gewesen, kurzfristig das Personal in den Gesundheitsämtern aufzustocken. Zugleich wurde auf die zu erwartenden Probleme in den kommunalen Haushalten der kommenden Jahre hingewiesen.

Die Entwicklungen auf dem sächsischen Arbeitsmarkt waren ein Thema im Wirtschaftsausschuss. Ein Sachkundiger berichtete, dass »Corona-Arbeitslosigkeit« vor allem junge Menschen überproportional treffe. Das Instrument der Kurzarbeit wurde andererseits als äußerst wirksam bewertet – ohne sie wären in den letzten Monaten deutlich mehr Sachsen arbeitslos geworden. Zur Bewältigung der großen Nachfrage habe man die Zahl der Mitarbeiter von acht auf 800 aufgestockt. Die Zahl der Insolvenzen sei zum jetzigen Zeitpunkt unauffällig, für das Jahr 2021 reche man aber mit einem spürbaren Anstieg. Im Bereich des Ausbildungsmarktes gab es trotz aller Widrigkeiten positive Nachrichten zu hören. Nur 20 Ausbildungsbewerber weniger konnten im Vergleich zum Vorjahr versorgt werden.

Aus dem Bereich Verkehrsbetriebe wurden enorme Einbußen bei den Fahrgastzahlen gemeldet. Trotzdem sei das Ver-

kehrsangebot weitgehend aufrechterhalten worden, im Sinne der Daseinsvorsorge und auch wegen des Schülerverkehrs. Bisher gebe es keine Studien, die zeigten, dass im Nahverkehr die Ansteckungsgefahr besonders groß sei. Laut Umfragen liege den Fahrgästen aber sehr daran, dass die Einhaltung der Maskenpflicht in Bussen und Bahnen kontrolliert werde.

Corona als Katalysator der Digitalisierung

Während der Anhörungen gab es vonseiten der Sachkundigen immer wieder Hinweise, welche pandemiebedingten Änderungen in der Zeit »nach Corona« doch gern beibehalten werden sollten. Am häufigsten nannten sie die ausgeweiteten Möglichkeiten des mobilen Arbeitens und flexibler Arbeitszeiten. In diesem Bereich sei auch der Freistaat als Arbeitgeber gefragt. Sie sprachen sich zudem dafür aus, die Zeugenvernehmung per Video in Gerichtsverhandlungen beizubehalten. Für Gefangene wiederum sei die Videotelefonie eine große Errungenschaft, besonders, wenn Angehörige weit entfernt lebten. Im ÖPNV sei der bargeldlose Verkauf von Fahrausweisen in einer Dimen-

In seiner 16. Sitzung hat der Landtag die Staatsregierung beauftragt, ihn als Gesetzgeber stärker in Entscheidungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie einzubinden (siehe Landtagskurier 8/2020). Dem Anliegen kam die Staatsregierung in der Ausschusswoche Ende November nun nach, zum Teil sogar in Sondersitzungen. So wurde am 10. Dezember 2020 eine Sondersitzung des für Gesundheit zuständigen Sozialausschusses, gemeinsam mit dem Rechtsausschuss und dem Schulausschuss, angesetzt. Grundlage der Beratungen war der zu diesem Zeitpunkt vorliegende Entwurf der ab 14. Dezember 2020 gültigen Corona-Schutz-Verordnung.

sion angewachsen, die vorher so nicht vorstellbar gewesen sei.

Die Ausschüsse dürften sich auch in den folgenden Sitzungswochen wieder mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie beschäftigen. Öffentliche Teile werden wie üblich im Sitzungskalender unter www.landtag.sachsen.de mitgeteilt.



LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Änderung des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, 7/3920 AfD	Anhand des Gesetzes soll der Freistaat Sachsen verpflichtet werden, eine dauerhafte zusätzliche Altersversorgung für die ehrenamtlichen Mitglieder der Einsatzabteilungen der freiwilligen Feuerwehren zu schaffen.	Öffentliche Anhörung im Innenausschuss am 26.11.2020
Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Naturschutzgesetzes, 7/4539 Staatsregierung	Der Entwurf sieht vor, dass es den sächsischen Kommunen künftig wieder selbst möglich ist, umfassende Baumschutzsatzungen zu erlassen.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Energie, Klima, Umwelt und Landwirtschaft am 26.11.2020
Drittes Gesetz zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen, 7/4550 Staatsregierung	Der Gesetzentwurf regelt die Finanzierung der sächsischen Kommunen durch den Freistaat für die kommenden zwei Jahre und damit die Sicherung der kommunalen Finanzausstattung trotz der COVID-19-Pandemie.	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss (ffd.) sowie den Innenausschuss am 12.11.2020
Gesetz zur Schaffung eines Lobbyregisters, 7/4681 AfD	Der Gesetzentwurf sieht die Einführung eines verpflichtenden Registers vor, das die Einflussnahme von Lobbyisten transparent machen soll.	1. Beratung am 17.12.2020 und anschl. Überweisung an den Innenausschuss (ffd.), den Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung sowie den Haushalts- und Finanzausschuss
Gesetz zum Glücksspielstaatsvertrag 2021, 7/4737 Staatsregierung	Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, den Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland fortzuentwickeln und zu ratifizieren.	Überweisung an den Innenausschuss (ffd.) sowie den Haushalts- und Finanzausschuss am 02.12.2020
Gesetz zum Schutz des Bestands öffentlicher Straßen, Wege und Plätze im Freistaat Sachsen, 7/4800 DIE LINKE	Sächsische Kommunen sind verpflichtet, bisher nicht in ihrem Bestand verzeichnete Straßen, Wege oder Plätze bei Bedarf aufzunehmen. Die festgelegte Frist bis Ende 2022 soll durch den Gesetzentwurf gekippt werden.	1. Beratung am 17.12.2020 und anschl. Überweisung unter anderem an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (ffd.)

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

Gesetz zur Schaffung pandemiebedingter Ausnahmeregelungen im Kommunalwahlrecht und im Kommunalrecht, 7/4059 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	In Kommunen und Landkreisen soll es rechtlich möglich werden, im zweiten Wahlgang ausschließlich per Briefwahl zu wählen. Auch soll es den Gremien auf Gemeinde- und Kreisebene zukünftig erlaubt sein, Sitzung in Form einer Videokonferenz durchzuführen.	angenommen
Zweites Gesetz zur Unterstützung der Kommunen des Freistaates Sachsen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie, 7/4355 Staatsregierung	Die sächsischen Kommunen spüren die Folgen der COVID-19-Pandemie durch stark gesunkene Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Das Gesetz schafft die rechtliche Grundlage für den von Bund und Land gemeinsam und paritätisch finanzierten Ausgleich.	angenommen
Drittes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Normenkontrollratsgesetzes, 7/3820 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Der Sächsische Normenkontrollrat unterstützt die Staatsregierung auf den Gebieten des Bürokratieabbaus und der besseren Rechtsetzung. Mit dem Gesetz wird die Arbeit weitergeführt und weiterentwickelt.	angenommen
Gesetz zur Stärkung der frühkindlichen und schulischen Bildung (Bildungsstärkungsgesetz), 7/3650 Staatsregierung	Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, dass sog. Kopfnoten an sächsischen Schulen weiter vergeben werden können. Sie sollen verbindlich um eine verbale Einschätzung ergänzt werden.	angenommen
Gesetz zur Beteiligung des Landtages bei Maßnahmen der Staatsregierung nach dem Infektionsschutzgesetz im Freistaat Sachsen, 7/2259 DIE LINKE	Sollte die Staatsregierung eine weitere Rechtsverordnung nach §32 Infektionsschutzgesetz erlassen, muss sie zukünftig die zuständigen Fachausschüsse des Landtags beteiligen.	abgelehnt
Gesetz über den sozialen Wohnraum im Freistaat Sachsen, 7/891 DIE LINKE	Der Gesetzentwurf soll unter anderem ein eigenständiges Wohnraumförderungsgesetz ermöglichen sowie soziale Wohnraumförderung bestärken und verstetigen.	abgelehnt

Die Übersicht zur laufenden Gesetzgebung stellt alle Gesetzentwürfe dar, die bis zum 14. Dezember 2020 neu in den Sächsischen Landtag eingebracht, beraten oder an die Ausschüsse überwiesen wurden. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene oder abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt.

Integration als ein nachhaltiger Prozess

Foto: colorshoadow – stock.adobe.com

// Anfang Dezember erinnerte der Sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth an die Einbürgerung von 2.087 Ausländern. Aus diesem Anlass pflanzte er symbolisch 2.087 Eichen, eine für jeden neu eingebürgerten Ausländer. Auch die diesjährigen Integrationspreise konnten nicht persönlich übergeben werden. Daher zeichneten Geert Mackenroth und Sozialministerin Petra Köpping die drei Siegerprojekte per Videobotschaft aus. //



Markus Guffler

// Geert Mackenroth, Dr. Thomas Westphalen, Anton Quarz (im Hintergrund) // Foto: M. Guffler

Neue Bäume für neue Sachsen

Ausländerbeauftragter sieht Jungbäume als Zeichen für gelungene Integration

Am 9. Dezember 2020 übergab der Sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth 2 087 Jungbäume an den Landesverein Sächsischer Heimatschutz. Jeder gepflanzte Baum symbolisiert einen Ausländer, der im vergangenen Jahr neu in Sachsen eingebürgert wurde. Im Jahr 2020 musste das traditionelle Einbürgerungsfest im Sächsischen Landtag coronabedingt ausfallen. Das Fest, das seit vielen Jahren im Plenarsaal gefeiert wird, fand in den Vorjahren stets regen Zuspruch. Die Absage fiel daher ausgesprochen schwer. Geert Mackenroth wollte trotzdem ein Zeichen setzen. Es entstand die Idee, den über 2 000 neuen Bürgerinnen und Bürger im Freistaat je einen jungen Baum, gepflanzt in Sachsen, zu widmen. Schließlich stellen die Eingebürgerten eine große Bereicherung der Gesellschaft dar.

// 2087 – diese Zahl steht für alle Menschen, die im vergangenen Jahr in Sachsen eingebürgert wurden und die deutsche Staatsbürgerschaft erhielten. Die gleiche Anzahl an jungen Eichen pflanzte der Sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth Anfang Dezember in die Erde. Die Bäume stehen symbolisch und praktisch für die Bereicherung, die der Freistaat Sachsen durch die neuen Bürger erfährt. //

Einbürgerung ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch eine Person aus dem Ausland. Die Eingebürgerten werden gleichberechtigte(r) Staatsbürgerin oder Staatsbürger unseres Landes mit den gleichen Rechten und Pflichten.

Für Einbürgerungen gelten im Wesentlichen folgende Voraussetzungen:

- Acht Jahre rechtmäßiger Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland
- Bekenntnis zur freiheitlichen-demokratischen Grundordnung

- Sicherer Lebensunterhalt ohne Sozialleistungen
- In der Regel Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit
- Keine Verurteilung wegen Straftaten
- Nachgewiesene ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache
- Erfolgreicher Einbürgerungstest zur Rechts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland

Das Staatsangehörigkeitsgesetz regelt die Einzelheiten und lässt unter bestimmten Voraussetzungen Ausnahmen zu.

Geert Mackenroth betonte: »Das große Engagement unserer neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie die dadurch entstehende Vielfalt tun Sachsen gut.«

Als Partner begleitete der Landesverein Sächsischer Heimatschutz e. V. die Baumaaktion. Die Traubeneichen wachsen nun auf einer Waldfläche, die 2019 von Borkenkäfern befallen war. Dort mussten Lärchen und Schwarzkiefern eingeschlagen werden.

Die Neubegründung des Waldbestandes geschieht mit einer gebietsheimischen und standortgerechten Baumart im Landschaftsschutzgebiet »Elbtal zwischen Dresden und Meißen mit linkselbischen Tälern und Spaargebirge«. Die Pflanzung unterstützt den Klimaschutz durch CO₂-Kompensierung und den Aufbau klimaangepasster Waldbestände.



Sächsischer
Integrationspreis
2020



Integrationspreis digital

// Geert Mackenroth und Petra Köpping // Foto: A. Kruse

Sachsens Ausländerbeauftragter Geert Mackenroth und Sozialministerin Petra Köpping ehren Preisträger

Markus Guffler

Für die Preisverleihung und Ehrung der Aktiven waren ursprünglich wie in den Vorjahren eine Feststunde im Plenarsaal und ein Austausch in der Lobby vorgesehen. Die Veranstaltung musste zwar abgesagt werden, die Gratulation an die Gewinner des Sächsischen Integrationspreises gab es trotzdem, nur eben diesmal per Video. Im Jahr 2021 soll die persönliche Begegnung zwischen Preisträgern und Stiftern nachgeholt werden.

Integration kann man nicht streamen

Vereine, Firmen und auch Einzelpersonen haben in den zurückliegenden Monaten, die durch die Corona-Pandemie maßgeblich bestimmt waren, bestehende Integrationsvorhaben mit großem Engagement fortgeführt. Dennoch litt die begleitende Integrationsarbeit vor Ort mangels persönlicher Kontakte.

Für den Sächsischen Integrationspreis wurden im Jahr 2020

// Seit dem 4. Dezember 2020 stehen die Gewinner des 11. Sächsischen Integrationspreises fest. Sie kommen aus Bautzen, Chemnitz und Dresden. Die sächsische Sozialministerin Petra Köpping und Sachsens Ausländerbeauftragter Geert Mackenroth gratulierten per Videobotschaft. //

insgesamt 35 Projekte vorgeschlagen. Aufgerufen waren Initiativen, die sich in den vergangenen zwölf Monaten »besonders für die Integration von Migrantinnen und Migranten in die Gesellschaft einsetzen, sie unterstützten, förderten und Integration vorlebten.«

Anerkennende Worte für die Preisträger fand Petra Köpping, Sächsische Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie zeigte sich besonders davon beeindruckt, wie sich die Initiativen in kurzer Zeit auf die veränderten Umstände im Jahr 2020 eingestellt hätten.

Der Sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth betonte, Integration sei ein langer Prozess. Alle vorgeschlagenen Bewerber um den

Preis 2020 hätten sich dieser nachhaltigen Aufgabe gestellt. »Es geht um mehr als um Schutz und Auskommen. Es geht um gesellschaftliches Ankommen, um Arbeitsmarktintegration, Eigenständigkeit und gegenseitige Bereicherung.«

Gewinner des Integrationspreises 2020

Im Thespi Zentrum in Bautzen wird das Theaterspielen als Instrument genutzt, um spielerisch Begegnungen zu schaffen. Dadurch wird gleichzeitig Präventionsarbeit im Bereich Alltagsdiskriminierung geleistet. Durch den Fokus auf Transkulturalität werden Akzeptanz und Toleranz untereinander und dem Fremden gegenüber gefördert.

Der Landesverband Sachsen des Lesben- und Schwulenverbands in Deutschland unterstützt Geflüchtete, die aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität oder ihrer sexuellen Orientierung verfolgt wurden. Diese Menschen haben es besonders schwer, da sie eine »Minderheit von der Minderheit« sind. In Gemeinschaftsunterkünften sind sie oft alleine und bekommen nur wenig Hilfe.

Der Verein KAMA Dresden (»Kursangebote von Asylsuchenden, Migrant*innen und Asylberechtigten«) besteht seit 2013. Menschen mit Fluchterfahrungen werden dabei unterstützt, ein eigenes Kursangebot zu organisieren und selbst durchzuführen. 2019 gab es elf verschiedene Angebote, darunter waren z. B. Sprachkurse oder Koch- und Backkurse.

Alle eingereichten Projekte werden in einer Broschüre dokumentiert, die unter www.offenes-sachsen.de bestellt werden kann.

Alexandra Kruse

Im Dienste der Gesellschaft und des Gemeinwohls

Sächsische Ehrenamtliche erhalten Auszeichnung für ihr langjähriges Engagement

Der Internationale Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember ist ein jährlich stattfindender Aktionstag zur Anerkennung und Förderung ehrenamtlichen Engagements. Im Sächsischen Landtag war aus diesem Anlass eine Feierstunde geplant, um Menschen zu würdigen, die sich für das Gemeinwohl in Sachsen in besonderer Weise engagieren. Die Veranstaltung unter der Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Röbner musste in diesem Jahr entfallen. 64 Menschen aus ganz Sachsen erhielten daher die Würdigung und den Dank der sächsischen Sozialministerin Petra Köpping und des Landtagspräsidenten per Post.

Dr. Matthias Röbner betonte, dass die Auszeichnung Menschen würdige, die es normalerweise nicht ins Rampenlicht ziehe. »Umso wichtiger ist es,

// 64 Menschen in Sachsen erhielten 2020 eine besondere Würdigung. Sie wurden von Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner und Sozialministerin Petra Köpping für ihr ehrenamtliches Engagement postalisch ausgezeichnet. Die traditionelle Feierstunde im Plenarsaal des Landtags konnte hingegen nicht stattfinden. //

dass wir sie gerade in diesen Zeiten nicht einfach vergessen, weil eine Präsenzveranstaltung nicht stattfinden kann.« Sozialministerin Petra Köpping zeigte sich ebenfalls von den engagierten Frauen und Männern beeindruckt: »Vielfältig, sorgsam und lebendig trägt Ihr hoher persönlicher Einsatz dazu bei, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gestalten. Allen Engagierten gilt mein herzlicher Dank. Sie sind eine wichtige Stütze in der Gesellschaft.«

Die ausgezeichneten Ehrenamtlichen kommen aus ganz Sachsen und wirken in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen. So werden unter anderem neben dem Ehrenamt in der Flüchtlingsarbeit,

in Heimat-, Sport- oder Tierschutzvereinen auch das Engagement für Kinder- und Jugendliche in vielen Bereichen, in der Hospiz- und Sterbegleitung, für Menschen mit Behinderung oder Senioren und Seniorinnen ausgezeichnet. Vorgeschlagen wurden die Geehrten von den in Sachsen tätigen Wohlfahrtsverbänden, den Landkreisen, den Kommunen und den christlichen Kirchen.

Von Bürgerhaus bis Posaunenchor: sieben ausgewählte Beispiele

Seit der Gründung des »Fördervereins Gruna« im Jahr 2000

trägt **CHARLOTTE WELZEL** als Gründungsmitglied mit ihrem ehrenamtlichen Engagement bis heute einen bedeutenden Teil zur Stärkung des kleinen Ortes Gruna sowie der gesamten Umgebung bei. Im Rahmen der Vereinsarbeit widmet sie sich der Betreuung von Kindern, Jugendlichen und Senioren. Dank ihres Einsatzes konnte im Jahr 2006 ein Bürgerhaus im Ort eröffnet werden. Ohne ihren großen Ehrgeiz und ihren Fleiß würde es in dem kleinen Ort Gruna kaum kulturelles Leben geben, in das Jung und Alt gleichermaßen mit eingebunden werden.

UWE KLEINE unterstützt den Leichtathletik Club Taucha ehrenamtlich seit über 16 Jahren. Von der Gründung an bekleidete er das Amt des Vizepräsidenten, das er mit dem »Präsidentenstuhl« im Jahr 2014 tauschte.

AKTUELLES



ANDREAS KRUSE



FRIEDER MEIER



JANICE SCHMELZER



UWE KLEINE

// Gute Vorbilder: Vier von insgesamt 64 ausgezeichneten Ehrenamtlichen // Fotos: privat

Seitdem erleben ihn Sportler, Eltern und Externe als präsenten, diplomatischen und umsichtigen Vorsitzenden. Begonnen mit ca. 100 Vereinsmitgliedern, war es auch seinem Engagement zu verdanken, dass der LC Taucha heute zu einem der größten Einspartenvereine im Landkreis Nordsachsen zählt.

INGE POHLE leistet seit Jahren zuverlässig ihren Dienst in der Leipziger Oase – Ökumenische Kontaktstelle für wohnungslose Menschen. Dort hilft sie unter der Woche, aber besonders an Sonnabenden bei der Essenszubereitung sowie beim Aufräumen in der Spülküche. Ihr langjähriger und selbstloser Einsatz ist beispiellos. Mit Beständigkeit und Ausdauer übt sie ihr Ehrenamt aus. Insgesamt arbeiten in der Oase 10 Hauptamtliche gemeinsam mit 30 Ehrenamtlichen

zusammen, um wohnungslosen Menschen Nahrung, Kleidung und Würde zu geben.

FRIEDER MEIER ist seit 1969 Leiter des Posaunenchores Marienberg, der 2019 sein 125. Jubiläum feierte. Zudem ist er seit 26 Jahren Leiter des Ephoralen Bläserkreises Marienberg, den er gegründet hat. Sowohl der Posaunenchor als auch der Ephorale Bläserkreis sorgen für eine hochwertige musikalische Umrahmung nicht nur der Gottesdienste in der St. Marienkirche, sondern auch der städtischen Veranstaltungen, wie z. B. dem gemeinsamen Neujahrsempfang mit der Bundeswehr, der Festveranstaltung zum Tag der Deutschen Einheit, dem Marienberger Weihnachtsmarkt oder der Mettenschichten im Pferdegöpel auf dem Rudolphschacht.

Seit vielen Jahren setzt sich **ANNELIE GUNKEL** unermüdlich für die Integration geflüchteter Frauen in Dresden ein. Sie leitet den Kurs »Interkulturelles Stricken« im Johannstädter Kulturtreff, der jede Woche stattfindet. Ca. 20 bis 30 Frauen nehmen an dem Kurs teil, in dem es schon lange nicht mehr nur ums Stricken geht. Gemeinsam lernen die Frauen Deutsch, besprechen ihre aktuellen Probleme und erhalten dabei Rat und Hilfe. Regelmäßig besucht die Gruppe sowohl kulturelle als auch politische Einrichtungen in und außerhalb Dresdens.

ANDREAS KRUSE ist Rentner und engagiert sich ehrenamtlich in einer Kirchgemeinde als Kantor. Weiterhin gibt er seit zwei Jahren kleine Konzerte und gestaltet Andachten in einem Pflegeheim in Chemnitz-Grüna musikalisch aus. Diese

Andachten nimmt er live auf, damit er sie auch bettlägerigen Patienten zukommen lassen kann. Während der Ausgangsbeschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie übernahm er außerdem die Videobearbeitung für aufgezeichnete Gottesdienste, damit sie auf YouTube veröffentlicht werden konnten.

Seit ihrem 13. Lebensjahr sammelt **JANICE SCHMELZER** mit ihrem Sparschwein »Rosalie« Geld für obdachlose Menschen in Chemnitz. Darüber hinaus gibt sie die Hälfte ihres Taschengeldes mit dazu. Sie verkauft ihre alten Spielsachen oder ausgelesene Bücher. Von dem gesammelten Geld kauft sie anschließend wichtige Sachen für den täglichen Bedarf, z. B. Lebensmittel, Duschbad, Zahnbürsten, oder bittet um Spenden u.a. bei Drogeriemärkten.



*Susanne Kuban**

Junge Spurensucher entdecken

Rückblick auf den 16. Jugendgeschichtstag, der zum ersten Mal digital stattfand

// Ein voll besetzter Plenarsaal, aufgereichte Projektstände sowie eine quirlige Schar Jugendlicher: Dieses Bild zeigte sich bisher für Besucherinnen und Besucher der jährlich im Sächsischen Landtag stattfindenden Jugendgeschichtstage. In diesem Jahr blieb der große Trubel aus. Die Veranstaltung der Sächsischen Jugendstiftung verlagerte sich aufgrund der Corona-Pandemie vom Parlamentsgebäude ins Internet. //

Im Mittelpunkt des Jugendprogramms der Sächsischen Jugendstiftung steht die Auseinandersetzung mit der Geschichte der eigenen Heimatregion. Unter dem Titel »Spurensuche« bietet es den Jugendlichen die Möglichkeit, spannende, überraschende und jugendgerechte Antworten auf Fragen zu historischen Ereignissen, Personen oder Gegenständen ihrer Umgebung zu finden und neue Kom-

petenzen zu erwerben. Denn wer die Geschichte der eigenen Heimat kennt, kann ihre Gegenwart und Zukunft mitgestalten.

Der 16. Sächsische Jugendgeschichtstag

Im Jahr 2020 beteiligten sich wieder zahlreiche Projektgruppen mit 260 jungen Menschen aus allen Teilen Sachsens, um

sich mit der Geschichte ihrer Heimat zu beschäftigen. In diesem Jahr überschlugen sich aufgrund der Corona-Pandemie allerdings die Ereignisse. Die Teams mussten die Umsetzung ihrer Geschichtsprojekte ständig neuen Situationen anpassen. Dies war nicht immer leicht und trotzdem sind sie, ob digital oder mit Abstand, auf Entdeckungsreise in ihrer Region gegangen. Der Höhepunkt der »Spurensuche«, die jährlich im November stattfindenden Jugendgeschichtstage, konnten in diesem Jahr ebenfalls nicht wie gewohnt im Sächsischen Landtag stattfinden. Um die Arbeit der Jugendlichen trotzdem zu würdigen, wurde zum ersten Mal ein digitaler Jugendgeschichtstag durchgeführt.

In einer Videobotschaft begrüßte Schirmherr Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsi-

schen Landtags, die Teilnehmer. Er dankte den Jugendlichen für ihr Engagement und erinnerte sie daran, dass Geschichte kein totes Gestern sei, sondern man immer mittendrin stünde. Anerkennung für die geleistete Arbeit der jungen Heimatforscher gab es auch von der Sächsischen Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Petra Köpping. Per Video kam ebenso die Fachjury des Programms zu Wort und verlieh traditionell wieder drei Jugendgeschichtspreise in Form eines Pokals.

Die Preisträger

Das Spurensuche-Team des Janusz-Korczak-Hauses der Diakonie Libera aus Görlitz erhielt für ihr Engagement und ihre Forschung über den Juden und Namensgeber ihres Hauses einen dieser Preise. Die Jugendgruppe recherchierte über sein Leben, seine pädagogischen Ideen und Ansätze sowie über jüdisches Leben in Görlitz. Sie fanden heraus, dass für Janusz Korczak Kinderrechte, Kinder-





// An verschiedenen Orten forschten Jugendliche zur Geschichte ihrer Heimat. // Fotos: Sächsische Jugendstiftung

regionale Geschichte in Sachsen

parlament und Kindergericht nicht nur graue Theorie waren, sondern in den Waisenhäusern, die er leitete, auch praktisch gelebt wurden. 1942 ließ der Pädagoge, Schriftsteller und Erzieher nach der Räumung des Waisenhauses im Warschauer Ghetto durch die SS seine 200 Kinder nicht im Stich. Er bestieg mit ihnen den Zug ins Vernichtungslager Treblinka. Die Recherchen und Ergebnisse hielten die Jugendlichen in einer Ausstellung fest.

Ebenso konnte sich die Geschichtswerkstatt des Alten Gasometer Zwickau e.V. über einen Preis freuen. Die Jugendlichen setzten sich zum Ausklang des Festzyklus »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« mit der Geschichte des SED-Regimes und seiner Machtstrukturen auseinander. Dabei beschäftigte sich die Jugendgruppe mit dem Stasi-System in Zwickau, fuhr die Stasiobjekte und konspirativen Wohnungen in ihrer Stadt ab und dokumentierte sie anschließend. Den Jugendlichen war es wichtig, das Thema aufzuarbeiten sowie den Bürgerin-

nen und Bürgern in Zwickau mit ihren Recherchen etwas zurückzugeben. Neben der physischen Dokumentation soll eine digitale Stadtkarte entstehen, die der Öffentlichkeit nachhaltig zugänglich gemacht wird.

Der dritte Preis ging an die Kinder- und Jugendbeteiligung in Colditz. Das Team entdeckte nach einer Stadtführung ein altes Gemäuer. Die abgelegene Lage und die zugewachsenen Treppen faszinierten die Jugendlichen und so begannen sie zu recherchieren. Nur wenige Colditzerinnen und Colditzer konnten auf Nachfrage eine Antwort geben und nach einem Besuch im Archiv fanden sie schließlich heraus, dass es sich um ein im Jahre 1930 fertiggestelltes Ehrenmal handelte. Sie entdeckten mehr über das Monument, setzten sich mit diesem und seiner Bedeutung auseinander und arbeiteten mit ortsansässigen Firmen zusammen, um es zu erhalten. Ihre Intention ist es, einen Platz zu schaffen, der zum Rasten, Entspannen, Erholen, aber auch zum Nachdenken einlädt.



// Dr. Matthias Rößler bei der Aufzeichnung des Grußwortes // Foto: Landtag

Hoffnung für das neue Jahr

Neben dem digitalen Jugendgeschichtestag konnte auch ein 45-minütiger Film über alle diesjährigen Geschichtsjahre realisiert werden, der die Arbeit der Spurensucheteams vorstellt und allen Interessierten zugänglich ist. Der Film hatte zum digitalen Jugendgeschichtestag Premiere und kann nun auf der Homepage der Sächsischen Jugendstiftung (www.saechsische-

jugendstiftung.de) angesehen werden.

Trotz der erfolgreichen Durchführung des digitalen Jugendgeschichtestages hoffen alle Spurensucher darauf, sich im nächsten Jahr, zu den 17. Jugendgeschichte Tagen im Sächsischen Landtag, wieder live begegnen zu können, voneinander zu lernen und ihre Projekte allen Interessierten vorzustellen.

* Susanne Kuban ist Programmleiterin »Spurensuche« der Sächsischen Jugendstiftung.



// Digitale Landtagsführung per Videokonferenz // Fotos: J. Männel

Der Landtag als virtuelles Klassenzimmer

Anne-Marie Brade

»Woran erkennt ihr, dass ihr euch im Plenarsaal des Sächsischen Landtags befindet und nicht zum Beispiel in Bayern?«, fragt die Besucherführerin die Klasse und gibt allen Zeit, sich in Ruhe im Raum umzusehen. Die Blicke schweifen über die grün bezogenen Sitze der Besuchertribüne, die Flagge des Freistaates und die große Sachsenkarte. Die Klasse kann alles gut erkennen, denn sie schwebt über den Sitzen der Abgeordneten. Aber wie geht das?

Digitaler Unterricht

Möglich wird das Kunststück durch das neue Angebot des Besucherdienstes, der seit einigen Wochen Schulklassen in Live-Videokonferenzen in einem virtuellen 360-Grad-Rundgang durch das Landtagsgebäude führt und den Jugendlichen dabei die Arbeit des Parlaments

// Rund 14 000 sächsische Schülerinnen und Schüler besuchen jährlich den Landtag. Weil das zu Pandemiezeiten nicht geht, führt der Besucherdienst seit Dezember 2020 Schülergruppen in Live-Videokonferenzen durch den virtuellen 360-Grad-Rundgang des Hauses. //

erklärt. Weil sich so auch ganz problemfrei andere Medien in die Tour integrieren lassen, schnuppern die Schüler auf ihrem Weg per Video auch in eine Plenarsitzung hinein und bekommen die Arbeit der Abgeordneten anhand von Grafiken verdeutlicht.

»Wegen der Pandemielage experimentieren wir im Unterricht gerade viel mit neuen digitalen Möglichkeiten«, sagt Alf Müller, Gemeinschaftskundelehrer am Berufsschulzentrum Bautzen. Einige seiner Schüler waren die ersten, die die Online-Führung durch den Landtag ausprobieren durften. »Es war eine tolle Sache für die Schüler«, urteilt Herr Müller. »Sie konnten sich in den Räumen umschaun als wären sie tatsächlich in Dresden.«

Da es die Technik möglich macht, bekommen die Jugendlichen sogar einige Räume zu sehen, in die man in einer normalen Führung nicht ohne Weiteres hineinspähen kann. Das sind zum Beispiel die Fraktionssäle oder das Amtszimmer von Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler.

Gemeinsam oder einzeln

Schulen die teilnehmen wollen, benötigen lediglich ein Wiederabgabegerät (Laptop oder PC, Videoprojektor), eine Webcam und ein Mikrofon sowie eine stabile Internetverbindung. Und wenn der Präsenzünterricht gerade nicht möglich ist, können sich die Schüler auch einzeln

per Klick auf einen Link von daheim aus zuschalten.

Lehrerinnen und Lehrer können die Führungen mit mindestens einer Woche Vorlauf beim Besucherdienst buchen: Tel. 0351 493 5132 besucherdienst@slt.sachsen.de

WEITERE INFORMATIONEN:



Per virtuellem Rundgang steht der Landtag rund um die Uhr allen interessierten Bürgern offen:





Erzgebirgische Pyramide und Nordmantannen lassen Landtag erstrahlen

Redaktion

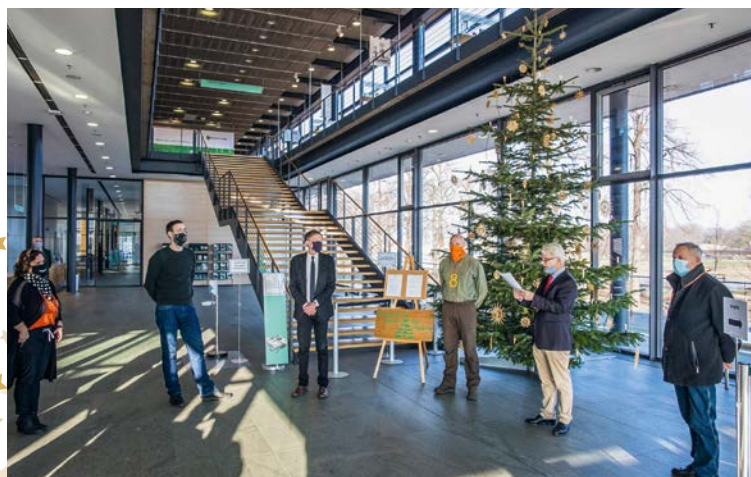
Rechtzeitig vor dem ersten Adventswochenende schmückte sich das Parlament am 26. November 2020 für die bevorstehende Weihnachtszeit. Dabei kommen im Landtag traditionell nur sächsische Produkte und Handwerkskunst zum Einsatz. »Schließlich ist Sachsen das deutsche Weihnachtsland«, so Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler.

Im Altbau sorgt eine Holzpyramide aus dem Erzgebirge für vorweihnachtliche Stimmung. Dr. Matthias Rößler setzte das Kunstwerk aus dem sächsischen Raschau-Markersbach mit dem sogenannten »Pyramidenanschub« in Bewegung. Ein Quartett des Sächsischen Blasmusikverbandes begleitete diesen schönen Brauch mit besinnlichen Klängen.

Um Tannenduft und Nadelgrün kümmerte sich hingegen erneut der Sächsische Waldbesitzerverband. Dieser übergab diesmal Nordmantannen aus einem Familienforstbetrieb in der Region Kamenz an den Landtag.



// Dr. Matthias Rößler //
Fotos: O. Killig



SERVICE

Herzlicher Empfang: Landtagspräsident begrüßt Botschafter



// Prof. Dr. Leva Izoria, Elena Radkova

Gleich zwei hochrangige Gäste kamen Anfang Dezember zu ihren Antrittsbesuchen nach Sachsen. Am 1. Dezember empfing Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler den Botschafter Georgiens, Prof. Dr. Levan Izoria, im Sächsischen Ständehaus. Zu Beginn des Treffens trug sich der Botschafter ins Gästebuch des Sächsischen Landtags ein. Levan Izoria amtierte von 2016 bis 2019 als Verteidigungsminister seines Heimatlandes. Zuletzt war er Leiter des georgischen Nachrichtendienstes.

Am 7. Dezember traf der Landtagspräsident mit der bulgarischen Botschafterin Elena Radkova zusammen. Ihr Besuch wurde ebenfalls mit einem Eintrag im Gästebuch des Landtags festgehalten. Vor ihrem Dienst in Deutschland war Elena Radkova Botschafterin ihres Landes in der Republik Österreich.

Spannende Einblicke: »So arbeitet der Sächsische Landtag« erschienen

Aktuellen Zuwachs hat das Publikationsangebot des Landtags mit dem Buch »So arbeitet der Sächsische Landtag« erhalten: Es bietet auf ca. 180 Seiten vertiefte Einblicke in das Innenleben des sächsischen Landesparlaments. Die Autoren Helmar Schöne und Sebastian Heer erläutern ausführlich Aufbau, Organisation und Arbeitsabläufe im Landtag. Sie nehmen die Tätigkeit der Abgeordneten im Parlament wie in den Wahlkreisen in den Fokus und setzen sich mit der Wahrnehmung der Volksvertretung in der Öffentlichkeit auseinander. Das Buch kann über den Publikationsservice des Landtags bestellt werden.

BESTELLUNG:

publikation@slt.sachsen.de
Tel. 0351 493-5133



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshml



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.cshml



Der Sächsische Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt
und auf Instagram:
[instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:
03.02. – 04.02.2021
24.03. – 25.03.2021
18.05. – 21.05.2021
23.06. – 24.06.2021

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
AfD
Tel. 0351 493-4201
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
BÜNDNISGRÜNE
Tel. 0351 493-4800
SPD
Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Der Sächsische Landtag ist für Besucher bis auf Weiteres geschlossen. Möglich sind hingegen digitale Führungen per Live-Videokonferenz.

Fragen dazu sowie zu bestehenden Reservierungen beantwortet Ihnen der Besucherdienst unter Tel. 0351 493 5132.

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s.o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 23.12.2020

Gastautoren: Markus Guffler, Alexandra Kruse, Susanne Kuban

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.